

Direkte Demokratie in den US-Gliedstaaten 2019 bis 2021 – Ein kurzer Überblick

Hermann K. Heußner¹

A. Allgemeiner Überblick

In der Regel finden in den meisten US-Gliedstaaten Volksabstimmungen alle zwei Jahre zusammen mit den allgemeinen Wahlen (*General Elections*) statt. 2020 war ein solcher Regeltermin. In „ungeraden Jahren“ kommen Volksabstimmungen nur in relativ wenigen Staaten vor, so auch 2019 und 2021.

I. Volksabstimmungen

2020 gab es in 34 US-Gliedstaaten insgesamt 129 Volksabstimmungen.² 120 Abstimmungen standen am 3. November anlässlich der *General Elections* auf dem Stimmzettel, neun fanden zu anderen Terminen statt.³ Von allen Abstimmungen waren 39 Initiativen, vier fakultative Referenden, 69 Verfassungsreferenden und 17 sonstige Entscheide.⁴ Letztgenannte waren sechs Gesetzesvorlagen, sechs Referenden über Staatsanleihen, eine periodische Frage zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und vier konsultative Abstimmungen.⁵ Die Vorlagen hatten insgesamt eine

1 Der Beitrag schließt an H. K. Heußner, Volksgesetzgebung in den US-Gliedstaaten 2012 bis 2018 – Ein Überblick, in: N. Braun Binder u.a. (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2018, Baden-Baden 2019, S. 229 ff. an. Auf sämtliche in diesem Beitrag angegebenen Internetadressen wurde zuletzt am 12.7.2022 zugegriffen.

2 Eine weitere Abstimmung in Arkansas wurde aufgrund gerichtlicher Anordnung nicht ausgezählt, *Initiative and Referendum Institute*, Ballotwatch, 2020 No. 2, Election Results 2020, S. 3, <http://www.iandrinstitute.org/docs/BW-2020-2-Results.pdf>.

3 *Initiative and Referendum Institute*, Ballotwatch 2020 (Fn. 2), S. 1 ff.; *Ballotpedia*, 2020 ballot measures, https://ballotpedia.org/2020_ballot_measures.

4 S. Fn. 3.

5 S. Fn. 3.

Erfolgsrate von 74,4 % (96). Die Verfassungsreferenden waren zu 76,8 % (53) erfolgreich.⁶

2019 kam es in acht Staaten zu insgesamt 36 Volksabstimmungen: eine Initiative, ein fakultatives Referendum, 19 Verfassungsreferenden, drei Gesetzesreferenden und zwölf konsultative Volksabstimmungen.⁷ Die Vorlagen hatten insgesamt eine Erfolgsrate von 61,1 % (22). Die Verfassungsreferenden waren zu 84,2 % (16) erfolgreich.⁸

2021 kam es in neun Staaten zu insgesamt 39 Volksabstimmungen:⁹ vier Initiativen, 23 Verfassungsreferenden, neun Gesetzesreferenden und drei konsultative Volksabstimmungen. Die Vorlagen hatten insgesamt eine Erfolgsrate von 69,2 % (27). Die Verfassungsreferenden waren zu 69,6 % (16) erfolgreich.¹⁰

II. Volksvorlagen

In den drei Jahren 2019–2021 gab es insgesamt 44 Initiativen, von denen 70,5 % (31) Erfolg hatten. Von den 17 Verfassungsinitiativen wurden 70,5 % (12) angenommen, von den 27 Gesetzesinitiativen waren 70,4 % (19) erfolgreich. Außerdem stimmten die Bürger im Rahmen von fakultativen Referenden über vier Parlamentsgesetze ab, wovon eines keine Zustimmung fand.¹¹

Die Zustimmungsraten für die Initiativen von 70,5 % war außerordentlich hoch. Die durchschnittliche Zustimmungsraten seit Einführung von Volksgesetzgebung 1898 beträgt lediglich 41 %.¹²

Mit 39 Initiativen kamen 2020 nur relativ wenige Initiativen auf den Stimmzettel. In den Jahren 2012 bis 2018 waren es im Rahmen von *General Elections* mit Ausnahme von 2014 (35) mehr, zuletzt 63 im Jahr 2018.¹³

6 S. Fn. 3, eigene Berechnungen.

7 *Initiative and Referendum Institute*, Ballotwatch, 2019 No. 1, Election Results 2019, S. 1 ff., <http://www.iandrinstitute.org/docs/BW-2019-1-Results-2019-12-01.pdf>; *Ballotpedia*, 2019 ballot measures, https://ballotpedia.org/2019_ballot_measures.

8 S. Fn. 7, eigene Berechnungen.

9 *Initiative and Referendum Institute*, Ballotwatch, 2021 No. 1, Election Results 2021, S. 1 ff., [http://www.iandrinstitute.org/docs/Election%20Results%202021%20\(BW%202021-1\).pdf](http://www.iandrinstitute.org/docs/Election%20Results%202021%20(BW%202021-1).pdf); *Ballotpedia*, 2021 ballot measures, https://ballotpedia.org/2021_ballot_measures.

10 S. Fn. 9, eigene Berechnungen.

11 Vgl. Anhang, Tabelle 5, eigene Berechnungen.

12 H. K. Heußner, US-Gliedstaaten 2012–2018 (Fn. 1), S. 229.

13 H. K. Heußner, US-Gliedstaaten 2012–2018 (Fn. 1), S. 230.

Die niedrige Zahl dürfte auf die Covid-19-bedingten Restriktionen beim Sammeln der Unterschriften zurückzuführen sein. Denn mindestens 27 Unterschriftenkampagnen für Initiativen sind wegen Covid-19 abgebrochen worden.¹⁴ Teilweise wurden elektronische Sammlungen zugelassen und Fristen verlängert,¹⁵ teilweise lehnten Gerichte entsprechende Änderungen jedoch ab.¹⁶

Die meisten Volksvorlagen gab es 2019–2021 in Colorado (11) und in Kalifornien (7).¹⁷

Große Anteile hatten im Berichtszeitraum, wie auch in den Jahren zuvor, die Bereiche Steuern/Finanzen/Haushalt (ca. 22,8 %) (10), Wirtschaft/Verkehr/Arbeit/Konsumentenschutz 18,2 % (8) und Staatsorganisation/Politischer Prozess 15,9 % (7). Der Bereich Strafrecht/Kriminalität war aufgrund der Entkriminalisierung von Marihuana besonders umfangreich (25 %).¹⁸

B. Ausgewählte Themen und Schwerpunkte

Volksinitiativen und fakultative Referenden sind ein Spiegel der jeweiligen wichtigen und politisch sehr kontroversen Auseinandersetzungen. Im Folgenden werden Abstimmungen aus den Bereichen Arbeit/Konsumentenschutz, Wahlrecht, Gesundheit, Drogen und Abtreibung etwas näher dargestellt.¹⁹ Je nach Blickwinkel lässt sich auch eine andere Auswahl rechtfertigen.

14 *Ballotpedia*, 2020 ballot measures, The effect of Covid-19 on 2020 measures, https://ballotpedia.org/2020_ballot_measures; *Ballotpedia*, Changes to ballot measure campaigns, procedures, and policies in response to the coronavirus (Covid-19) pandemic, 2020-2022, [https://ballotpedia.org/Changes_to_ballot_measure_campaigns_procedures_and_policies_in_response_to_the_coronavirus_\(COVID-19\)_pandemic_2020-2022](https://ballotpedia.org/Changes_to_ballot_measure_campaigns_procedures_and_policies_in_response_to_the_coronavirus_(COVID-19)_pandemic_2020-2022).

15 *Ballotpedia*, Changes (Fn. 14).

16 So z.B. in Colorado, wo der Supreme Court eine Verordnung des Gouverneurs aufhob, welche elektronische Sammlungen zuließ: Colorado Const. Art. V Sec. 1 (6) verlange die Leistung der Unterschrift in Anwesenheit des Sammlers, *Ritchi v. Polis*, 2020 CO 69, 20SC453, S. 1, 14, https://www.courts.state.co.us/userfiles/file/Court_Probation/Supreme_Court/Opinions/2020/20SC453.pdf.

17 Anhang, Tabelle 5.

18 Anhang, Tabelle 5.

19 Sofern nicht anders bzw. zusätzlich angegeben, wurden die Daten im Folgenden zusammengetragen aus: *Initiative and Referendum Institute*, Ballotwatch, 2019 No. 1, Election Results 2019, <http://www.iandrinstitute.org/docs/BW-2019-1-Results-2019-12-01.pdf>; 2020 No. 2, Election Results 2020, <http://www.iandrinstitute.org/docs/BW-2020-2-Results.pdf>; 2021 No. 1, Election Results 2021,

I. Arbeit, Konsumentenschutz

Aus dem Bereich Arbeit und Konsumentenschutz sollen zwei Abstimmungen näher dargestellt werden (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Arbeit, Konsumentenschutz (Auswahl)

Staat	Jahr	Art	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Erfolg
Kalifornien	2020	GI	Proposition 22	Deregulierung app-basierter Fahrdienste	58,6	+
Massachusetts	2020	GI	Question 1	Zugang zu technischen Daten von Autos	75,0	+

GI: Gesetzesinitiative

1. Arbeitsrechtliche Deregulierung appbasierter Fahrdienste

In *Kalifornien* kam 2020 die Gesetzesinitiative *Proposition 22* zur Abstimmung. Sie war mit 58,6 % Ja-Stimmen erfolgreich. Sie hob das vom kalifornischen Parlament beschlossene Arbeitsgesetz *Assembly Bill 5*, das der Verhinderung von Scheinselbständigkeit diene, auf, soweit davon Fahrer betroffen sind, welche telefonappbasierte Fahrdienste ausführen. Diese gelten nunmehr nicht als Arbeitnehmer, sondern als Selbständige. Verschiedene für Arbeitnehmer vorteilhafte arbeitsrechtliche Vorschriften kommen

[http://www.iandrinstitute.org/docs/Election%20Results%202021%20\(BW%202021-1\).pdf](http://www.iandrinstitute.org/docs/Election%20Results%202021%20(BW%202021-1).pdf). – *National Council of State Legislatures (NCSL)*, <https://www.ncsl.org/research/elections-and-campaigns/ballot-measures-database.aspx>. – *Ballotpedia*, 2019 ballot measures, https://ballotpedia.org/2019_ballot_measures; 2020 ballot measures, https://ballotpedia.org/2020_ballot_measures; 2021 ballot measures, https://ballotpedia.org/2021_ballot_measures; jeweils in Verbindung mit Beiträgen zu den einzelnen Vorlagen.

deshalb nicht zur Anwendung, insbesondere Mindestlohn, Überstundenvergütungen und Sozialversicherungsansprüche.²⁰ An deren Stelle treten spezielle Ansprüche für selbständige Fahrer. Insgesamt haben die Rideshare- und Deliverygesellschaften geringere Kosten und höhere Profite.²¹

Hinter der Initiative standen insbesondere die großen Rideshare- und Deliverygesellschaften *Uber*, *Lyft* und *DoorDash*, die ihre Firmenzentralen in Kalifornien haben und zusammen eine Marktkapitalisierung aufweisen, welche derjenigen von *General Motors*, *Ford* und *Fiat Chrysler* zusammen entspricht.²²

Die Initiatoren hatten eine enorme Finanzmacht. Sie wendeten Mittel in Höhe von 205,4 Mio. USD auf. Die Gegner hatten nur 18,9 Mio. USD zur Verfügung. Die Befürworter hatten damit eine knapp 12-fache Überlegenheit. Mit insgesamt 224,3 Mio. USD war *Proposition 22* die teuerste Volksgesetzgebungskampagne aller Zeiten.²³

2. Zugang zu technischen Daten

In *Massachusetts* stand 2020 das *Right to Repair Law (Question 1)* zur Abstimmung. Für die Gesetzesinitiative votierten 75 %. Das Gesetz verlangt von Automobilproduzenten, den Käufern bzw. Reparaturwerkstätten Zugang zu den im Rahmen des Betriebs des jeweiligen Autos generierten und gespeicherten elektronischen Daten zu verschaffen, die notwendig sind, um das Auto zu warten und zu reparieren. Dies soll die Reparatur in unabhängigen Autowerkstätten ermöglichen. Initiatorin war die *Massachusetts Right to Repair Coalition*. Dahinter standen verschiedene Verbände von Autoreparaturwerkstätten. Sie brachten 24,9 Mio. USD auf. Die gegnerische Kampagne führte die *Coalition for Safe and Secure Data* an. Sie vertrat die Interessen der großen Autokonzerne. Diese investierten insgesamt 26,6 Mio. USD in die Abstimmungskampagne. Die Vorlage sei abzulehnen, weil sie Unbefugten Zugang zu den Daten verschaffe und Missbrauchs- und Sicherheitsrisiken erzeuge.

20 Vgl. *Secretary of State*, Official Voter Information Guide, California General Election, Nov. 3, 2020, Analysis by the Legislative Analyst, S. 56, <https://vig.cdn.sos.ca.gov/2020/general/pdf/complete-vig.pdf>.

21 *Secretary of State* (Fn. 20), S. 57.

22 *Secretary of State* (Fn. 20), S. 56.

23 R. Menezes, M. Moore, P. Do, Billions have been spent on California's ballot measure battles. But this year is unlike any other, Los Angeles Times v. 13.11.2020, <https://www.latimes.com/projects/props-california-2020-election-money/>

II. Wahlrecht

Im Bereich Wahlen wurden die US-Präsidentschaftswahlen, Vor- und Stichwahlen und die Notwendigkeit der Staatsbürgerschaft thematisiert (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Wahlrecht

Staat	Jahr	Art	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Er- folg ²⁴
Colorado	2020	R	Proposition 113	Gegen Staatsvertrag bzgl. US-Präsidentschaftswahl, wonach Wahlmänner entsprechend US-Volksmehrheit	48,7	-
Alaska	2020	GI	Measure 2	Offene Top-Four Vorwahlen, Präferenzwahlssystem	50,6	+
Massachusetts	2020	GI	Question 2	Präferenzwahlssystem	45,3	-
Florida	2020	VI	Amendment 3	Offene Top-Two Vorwahlen	57	- ²⁵
Colorado	2020	VI	Amendment 76	Nur US-Bürger wahlberechtigt	62,9	+
Florida	2020	VI	Amendment 1	Nur US-Bürger wahlberechtigt	79,3	+

GI: Gesetzesinitiative, VI: Verfassungsinitiative, R: fakultatives Referendum

24 Im Fall eines fakultativen Referendums wird eine Mehrheit gegen das angegriffene Parlamentsgesetz als Erfolg im Sinne der Initiatoren des Referendums gezählt.

25 In Florida ist für Verfassungsänderungen eine 60 %-Mehrheit notwendig.

1. Präsidentschaftswahlen

2020 kam es in *Colorado* zum fakultativen Referendum *Colorado Proposition 113*²⁶ über *Senate Bill 42*. Durch dieses Parlamentsgesetz sollte *Colorado* dem *National Popular Vote Interstate Compact* beitreten.²⁷ Die Bürger billigten den Beitritt mit 52,3 % Ja-Stimmen.

Diese gliedstaatliche Vereinbarung sieht vor, dass die Wahlmänner der jeweiligen Gliedstaaten nicht an den Kandidaten gehen, der die meisten Stimmen in dem Gliedstaat bekommen hat (*State Popular Vote*), sondern an denjenigen, der die meisten Stimmen auf der Bundesebene erzielen konnte (*National Popular Vote*). Dies soll verhindern, dass ein Kandidat US-Präsident wird, obwohl er nicht die Mehrheit der Wählerstimmen auf Bundesebene auf sich vereinigt hat, sondern nur die Mehrheit der 538 Wahlmänner. So konnte 2016 *Donald Trump* die Präsidentschaftswahlen gewinnen, obwohl *Hillary Clinton* auf Bundesebene 2,9 Mio. mehr Stimmen als Trump erreichte. 2000 gewann *George W. Bush* die Präsidentschaft, obwohl *Al Gore* 0,5 Mio. mehr Stimmen auf sich vereinigte. Die Vereinbarung soll in Kraft treten, wenn Staaten mit zusammen mindestens 270 Wahlmännern die Vereinbarung angenommen haben. Zurzeit sind 15 Staaten und *Washington, DC* mit insgesamt 196 Wahlmännern beigetreten. Hätte *Colorado* 2000 seine damals acht Wahlmänner nicht nach der Mehrheit in *Colorado*, sondern nach der Mehrheit auf Bundesebene zugeteilt, wäre *Al Gore* Präsident geworden, da *George W. Bush* im Wahlmännerkollegium nur fünf Stimmen Mehrheit hatte.

2. Offene Vorwahlen, Präferenzwahlssystem, finanzielle Wahlkampfregulierung

In *Alaska* war die Gesetzesinitiative *Measure 2* mit 50,6 % Ja-Stimmen knapp erfolgreich. Diese Initiative sieht außer dem Präferenzwahlrecht auch die *Nonpartisan and Open Top-Four Primaries* und die Offenlegung der wahren Quellen von Spendern vor. Weiterhin soll *Alaska* darauf hinwirken, dass das Grundrecht der Redefreiheit gem. Amendment 1 zur US-

26 Vgl. auch *Colorado General Assembly, Legislative Council*, 2020 State Ballot Information Booklet, 3.11.2020, S. 32 ff., 66 ff., http://leg.colorado.gov/sites/default/files/blue_book_english_for_web_2020_1.pdf.

27 Vgl. auch *NCSL*, National Popular Vote, 27.1.2020, <https://www.ncsl.org/research/elections-and-campaigns/national-popular-vote.aspx>.

Verfassung, welche in der Rechtsprechung des US-Supreme Courts auch Aufwendung von Geld in Abstimmungskämpfen schützt, geändert wird, so dass Spenden und Ausgaben in Wahl- und Abstimmungskämpfen reguliert werden können.²⁸

Die offenen *Top-Four* Vorwahlen und das Präferenzwahlssystem hängen eng miteinander zusammen. Die Reformen gelten für die Wahlen zu den gliedstaatlichen exekutiven und legislativen Ämtern bzw. Mandaten und für die Kongresswahlen. Befürworter waren insbesondere Demokraten, die Gegner waren Republikaner und die Republikanische Partei. Die Befürworter brachten ca. 6,8 Mio. USD auf, die Gegner ca. 0,6 Mio.

Ziel der Reform der Vorwahlen ist es, der extremen Polarisierung des politischen Systems in den USA²⁹ entgegenzuwirken. Dies soll dadurch erreicht werden, dass die Vorwahlen nicht nur für die jeweiligen Parteimitglieder offen stehen, sondern alle Bürger auch in den Vorwahlen jeden der Kandidaten aller Parteien wählen können. Dadurch besteht die Chance, dass gemäßigte Demokraten für gemäßigte Republikaner und umgekehrt gemäßigte Republikaner für gemäßigte Demokraten stimmen können. Dadurch können die gemäßigten Bewerber der beiden Parteien, welche in geschlossenen Vorwahlen gegenüber den extremeren Bewerbern ihrer Partei häufig keine Chance haben, doch zu Mehrheiten kommen. In den Hauptwahlen treten dann die vier Kandidaten an, welche in den Vorwahlen auf den vier vorderen Plätzen gelandet sind. Demensprechend benennt der Gesetzentwurf als Regelungszweck, „die Wahlbeteiligung zu erhöhen, den Willen der Wähler besser zu reflektieren, Kooperation zu belohnen und die Parteifixierung der gewählten Amts- und Mandatsträger zu reduzieren.“³⁰ Der Sache

28 Sec. 1 (2) Gesetzentwurf, s. *State of Alaska*, Official Election Pamphlet, General Election 2020, S. 79 f., https://www.elections.alaska.gov/election/2020/General/OEPBooks/2020%20AK%20Region%20I%20pamphlet_FINAL-web.pdf.

29 Vgl. dazu etwa D. Desilver, The polarization in today's Congress has roots that go back decades, Pew Research Center, 10.3.2022, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2022/03/10/the-polarization-in-todays-congress-has-roots-that-go-back-decades/>; A. Römmele, Politische Polarisierung in den USA – zum Verhältnis der Demokraten und Republikaner, 17.7.2020, <https://www.bpb.de/themen/nordamerika/usa/313005/politische-polarisierung-in-den-usa-zum-verhaeltnis-der-demokraten-und-republikaner/>.

30 Sec. 1 Abs. 4 Gesetzentwurf, s. *State of Alaska*, Official Election Pamphlet, General Election 2020, S. 80, https://www.elections.alaska.gov/election/2020/General/OEPBooks/2020%20AK%20Region%20I%20pamphlet_FINAL-web.pdf.

nach besteht auf diese Weise ein Mehrheitswahlsystem mit zwei Wahlgängen. Solche offenen Vorwahlen gibt es seit 2004 in *Washington* und seit 2010 in *Kalifornien*.³¹

Im Unterschied zu *Washington* und *Kalifornien* gelangen jedoch nicht nur die beiden Bestplatzierten der Vorwahlen in die Hauptwahlen, sondern die vier Bestplatzierten. Um sicher zu stellen, dass nur ein Kandidat gewählt ist, der die absolute Mehrheit erzielt hat, wurde zusammen mit den *Top-Four Primaries* das Präferenzwahlsystem eingeführt. Um keine gesonderten Stichwahlgänge durchführen zu müssen, „werden diese in den ersten und einzigen Wahlgang integriert. Jeder Wähler kann alle Kandidaten in eine persönliche Rangliste bringen, indem er sie mit 1., 2., 3. usw. kennzeichnet. Erzielt ein Kandidat in der ersten Auszählung bereits die absolute Mehrheit, ist er gewählt. Erzielt keiner die absolute Mehrheit, scheidet der Kandidat mit den wenigsten Stimmen aus. Die Stimmen, welche diesen mit der Erstpräferenz gekennzeichnet haben, werden nun nach den Zweitpräferenzen ausgezählt und den jeweiligen Kandidaten zugeschlagen. Hat nunmehr einer der verbliebenen Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht, ist er gewählt. Hat kein Kandidat die absolute Mehrheit erzielt, scheidet wiederum der Kandidat mit den wenigsten Stimmen aus und eine weitere Auszählung wird durchgeführt. Dieses Verfahren wird solange wiederholt, bis ein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat.“³² Der Gesetzeszweck liegt u.a. darin, dass Risiko zu minimieren, dass ein Kandidat gewählt wird, den eine Mehrheit der Wähler abgelehnt hat, und parteiungebunden Wähler zum Wählen zu ermutigen.³³ Um im Präferenzwahlsystem zu bestehen, müssen die Kandidaten über ihre eigene Parteibasis hinaus attraktiv sein.³⁴ Das Präferenzwahlsystem gibt es auf Staateneben bisher in *Maine*, wo es 2016 durch eine Gesetzesinitiative eingeführt worden ist.³⁵

31 Zu Kalifornien näher *H. K. Heußner*, Die Krise Kaliforniens – Die Schuld der direkten Demokratie?, in: L. P. Feld u.a. (Hrsg.), *Jahrbuch für direkte Demokratie* 2011, Baden-Baden 2012, S. 215 f.; *ders.* Die Krise Kaliforniens: Ende in Sicht? Der Beitrag der direkten Demokratie zur Krisenüberwindung, in: L. P. Feld u.a. (Hrsg.), *Jahrbuch für direkte Demokratie* 2013, Baden-Baden 2014, S. 231.

32 *H. K. Heußner*, *US-Gliedstaaten 2012 bis 2018* (Fn. 1), S. 243, zum Präferenzwahlsystem in *Maine*.

33 Vgl. Sec. 1 (5) Gesetzentwurf, *State of Alaska*, Official Election Pamphlet (Fn. 30), S. 80.

34 Vgl. *E. Horowitz*, A Guide to Massachusetts Question 2: Ranked-Choice Voting, Tufts University, The Center for State Policy Analysis, Sept. 2020, <https://tisch-college.tufts.edu/research/guide-massachusetts-question-2-ranked-choice-voting>. Zu Massachusetts Question 2 s. sogleich.

35 Vgl. *H. K. Heußner*, *US-Gliedstaaten 2012 bis 2018* (Fn. 1).

In *Massachusetts* scheiterte die Einführung des Präferenzwahlsystems. Die Gesetzesinitiative *Question 2* erzielte nur 45,3 % Ja-Stimmen. Auch hier waren insbesondere Demokraten Befürworter, Gegner Republikaner und die Republikanische Partei. Die Befürworter konnten ca. 10,1 Mio. USD aufbieten, die Gegner ca. 8.500. Die Niederlage dürfte damit zusammen hängen, dass viele Wähler die Vorlage nicht hinreichend verstanden haben.

In *Florida* standen mit der Verfassungsinitiative *Amendment 3* die *Top-Two Open Primaries* zur Abstimmung. 57 % der Bürger stimmten dafür. Allerdings ist in *Florida* für Verfassungsänderungen eine 60 %-Mehrheit notwendig.³⁶ Diese wurde verfehlt, so dass die Initiative „unecht“ scheiterte. Eine einfache Gesetzesinitiative konnte nicht lanciert werden, weil in *Florida* lediglich die Verfassungsinitiative zulässig ist.³⁷ Hinter der Initiative standen insbesondere der Unternehmer *Miguel B. Fernandez* und die Basketball-„Legende“ *Earvin „Magic“ Johnson*. Die gesamte politische Klasse einschließlich der Demokratischen und der Republikanischen Partei, der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände standen dagegen. Die Sponsoren hatten ca. 7,8 Mio. USD zur Verfügung, die Gegenseite wendete keine Finanzmittel auf. Die Befürworter argumentierten, das neue System sei eine Hilfe gegen die starke politische Polarisierung, welche durch geschlossenen Vorwahlen erzeugt werde, weil in diesen die extremen Flügel der Parteien dominierten. Die Gegner führten an, das neue System böte keine Möglichkeit, in den Hauptwahlen zwischen unterschiedlichen ideologischen Angeboten wählen zu können. African-Americans hätten außerdem schlechtere Durchsetzungschancen.

3. Staatsangehörigkeit

In *Colorado* und *Florida* kamen die Verfassungsinitiativen *Amendment 76* bzw. *Amendment 1* zur Abstimmung, die jeweils festlegen, das „nur Bürger der Vereinigten Staaten“ wahlberechtigt sind. Beide Vorlagen waren mit 62,9 bzw. 79,3 % erfolgreich. Die bisherige Festlegung in den Verfassungen lautete, dass „jeder Bürger der Vereinigten Staaten“ wahlberechtigt

36 Florida Const. Art. XI Sec. 5 (e). In den meisten Gliedstaaten reicht die einfache Mehrheit im Volksentscheid, vgl. H. K. Heußner, USA und direkte Demokratie, in: A. Kost/M. Solar (Hrsg.), Lexikon der direkten Demokratie, 2019, Tab. 1, S. 230.

37 Vgl. H. K. Heußner, USA und direkte Demokratie (Fn. 36), Tab. 1, S. 230.

war. Abgesehen von *Alabama* und *North Dakota* ist dies der Wortlaut in allen Gliedstaatenverfassungen.

Hinter beiden Initiativen steht die Organisation *CitizenVoters*, die ähnliche Gliedstaatenverfassungsänderungen bundesweit anstrebt. Sie wurde von dem ehemaligen republikanischen Mitglied des Parlaments von *Missouri*, *John Loudon*, gegründet, einem Unterstützer des ehemaligen US-Präsidenten *Trump*. Die Änderung sei nötig, weil die bisherige Formulierung nur sage, wer wahlberechtigt sei, nicht jedoch, wer nicht wählen dürfe. Das Ausländerwahlrecht sei nicht ausgeschlossen. Befürworter der Initiativen sind insbesondere republikanische Parteiorganisationen. Gegner der Initiative sind u.a. demokratische Amts- und Mandatsträger und Bürgerrechtsorganisationen. Die Vorlage sei xenophobisch. Bereits jetzt schlossen die Verfassungen das Ausländerwahlrecht aus. Die Befürworter konnten in *Colorado* 1,5 Mio. USD aufbringen, in *Florida* 8,3 Mio. Die Gegner verfügten in *Colorado* über ca. 60.000 USD, in *Florida* über keine Finanzmittel.

III. Gesundheit

Tabelle 3: Gesundheit (Auswahl)

Staat	Jahr	Art	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Erfolg ³⁸
Colorado	2020	GI	Proposition 118	Lohnersatzleistungen bei Geburt, Pflege, Krankheit	57,5	+
Missouri	2020	VI	Amendment 2	Ausweitung von Medicaid	53,3	+
Oklahoma	2020	VI	State Question 802	Ausweitung von Medicaid	50,5	+
Maine	2020	R	Question 1	Gegen Aufhebung des Verbots von Ausnahmen bei Impfpflicht	27,2	-

GI: Gesetzesinitiative, VI: Verfassungsinitiative, R: fakultatives Referendum

38 Im Fall eines fakultativen Referendums wird eine Mehrheit gegen das angegriffene Parlamentsgesetz als Erfolg im Sinne der Initiatoren des Referendums gezählt.

Aus dem Bereich Gesundheit stechen vier Abstimmungen heraus (vgl. Tabelle 3).

1. Lohnersatzleistungen bei Geburt, Pflege, Krankheit

In *Colorado* forderte die Gesetzesinitiative *Proposition 118* die Einführung einer von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch finanzierten Lohnersatzleistung für 12 Wochen bezahlte Elternzeit, Pflegezeit oder bei Krankheit. Bisher gab es lediglich sechs Tage Lohnersatzleistungen. Für das Gesetz stimmten 57,5 %. Entsprechende Gesetze gibt es in dreizehn Gliedstaaten und *Washington, D.C.* In *Massachusetts* (2014), *Arizona* (2016) und *Washington* (2016) wurden sie durch Volksgesetzgebung verankert. Die Kampagne wurde von *Colorado Families First* angeführt. Unterstützer waren u.a. demokratische Parlamentarier. Die Befürworter hatten Finanzmittel in Höhe von 9 Mio. USD. Die Finanzierung der von Sammelagenturen betriebenen Unterschriftensammlung kostete 17,9 USD pro Unterschrift. Hauptgeldgeber war *North Fund*, eine „left-of-center“ nonprofit Lobbydachorganisation, angeführt u.a. von (ehemaligen) demokratischen Funktionären.³⁹ Im Vergleich mit den Gegnern, die lediglich 0,8 Mio. USD aufbrachten, besaßen die Befürworter eine mehr als 11-fache Finanzüberlegenheit. Die Gegner waren Wirtschaftsorganisationen.

2. Krankenversicherung

In *Missouri* und *Oklahoma* standen *Medicaid Expansion*-Vorlagen auf dem Stimmzettel. Diese Verfassungsinitiativen *Amendment 2* bzw. *State Question 802* wollen die unter Präsident *Obama* im Rahmen des *Affordable Care Act* (*Obamacare*) eingeführte Krankenunterstützung in ihrem Staat anwenden, so dass alle Bürgerinnen und Bürger, die weniger als 138 % des föderalen Armutsniveaus verdienen, in deren Genuss kommen. 90 % der Kosten werden vom Bund übernommen. Beide Initiativen waren mit 53,3 bzw. 50,5 % Ja-Stimmen erfolgreich. Sie setzten die Serie entsprechender Abstimmungen in 2017/2018 fort.⁴⁰ Unterstützer waren in beiden Staaten ins-

39 *Capital Research Center*, Influencewatch, North Fund, <https://www.influence-watch.org/non-profit/north-fund/>.

40 Vgl. H. K. Heußner, US-Gliedstaaten 2012 bis 2018 (Fn. 1), S. 241 f.

besondere Gesundheitsorganisationen, welche u.a. auf die notwendige gesundheitliche Unterstützung von Niedrigverdienern und den Erhalt des ländlichen Gesundheitswesens hinwiesen. Gegner waren insbesondere republikanische Politiker, die u.a. vor Kürzungen in anderen Ausgabenbereichen und ungedeckten Kosten warnten. In beiden Staaten hatten die Befürworter ein erdrückendes Finanzübergewicht: In *Missouri* das 21,7-fache (10,8 Mio. USD zu 0,5 Mio.), in *Oklahoma* das 19,3-fache (5,8 Mio. USD zu 0,3 Mio.). Die Bezahlung kommerzieller Agenturen für das Sammeln der Unterschriften erforderte einen Aufwand von 1,3 bzw. 10,3 USD pro Unterschrift. Hauptgeldegeber der Befürworterseite waren Krankenhausvereinigungen und *North Fund* (in *Oklahoma*). Einschließlich 2020 haben 38 Gliedstaaten *Obamacare* übernommen.

3. Impfpflicht

Für Kindergartenkinder, Schüler und Beschäftigte in Gesundheitseinrichtungen gilt in *Maine* eine umfassende Impfpflicht gegen verschiedene ansteckende Krankheiten, u.a. auch Masern. Die Impfung konnte man aus philosophischen und religiösen Gründen verweigern. 2019 hat das Parlament von *Maine* diese Verweigerungsgründe abgeschafft.⁴¹ Dagegen wendete sich 2020 das fakultative Referendum *Question 1*. Das Kampagnenkomitee war *Yes on 1 Maine to Reject Big Pharma*. Dahinter standen u.a. republikanische Abgeordnete. Die Befürworter kritisierten das Gesetz als unverhältnismäßigen Eingriff in die Freiheit für eine nicht messbare Reduktion von Krankheiten. Die Befürworter des Gesetzes sammelten sich hinter dem Komitee *Maine Families for Vaccines*. Dazu zählt eine Vielzahl von Gesundheitsorganisationen und der *Maine Council of Churches*. Der Impfwang sei notwendig, um Herdenimmunität zu erreichen und vulnerable Schüler zu schützen. Diese dürften nicht unter Druck stehen, die Schule aus Angst vor Ansteckung durch ungeimpfte Mitschüler zu meiden. Die Gegner des Gesetzes brachten 0,7 Mio., die Befürworter 0,9 Mio. USD auf. Darunter waren insbesondere Pharmafirmen. 72,8 % der Abstimmenden bestätigten das Parlamentsgesetz.

41 Legislative Document (LD) 798 v. 24.5.2019, <http://www.mainelegislature.org/legis/bills/getPDF.asp?paper=HP0586&item=5&snum=129>.

IV. Drogen

Tabelle 4: Drogen

Staat	Jahr	Art	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Erfolg
Arizona	2020	GI	Proposition 207	Legalisierung und Besteuerung von Marihuana	60	+
Mississippi	2020	VI	Measure 1 Initiative 65/ Alternative A65	Zulassung des medizinischen Gebrauchs von Marihuana	68,5/ 73,7	+
Montana	2020	GI	I-190	Legalisierung und Besteuerung von Marihuana	56,9	+
Montana	2020	VI	CI-118	Ermächtigung von Parlament/Volk, Mindestalter, Gebrauch, Besitz von Marihuana zu regeln	57,8	+
South Dakota	2020	GI	Initiated Measure 26	Zulassung des medizinischen Gebrauchs von Marihuana	69,9	+
South Dakota	2020	VI	Constitutional Amendment A	Legalisierung von Marihuana	54,2	+
Oregon	2020	GI	Measure 102	Regulierte Abgabe von Psilocybin-Produkten	55,8	+
Oregon	2020	VI	Measure 110	Entkriminalisierung von Drogenbesitz	58,5	+

GI: Gesetzesinitiative, VI: Verfassungsinitiative

Auch in 2020 waren Drogen ein wichtiges Thema auf der Volksgesetzgebungsagenda. In fünf Staaten kam es zu insgesamt acht Abstimmungen (vgl. Tabelle 4).

1. Legalisierung von Marihuana

In sechs Abstimmungen ging es um Marihuana.

In *Arizona* forderte *Proposition 207* die Legalisierung von Marihuana zu Genusszwecken, die Regulierung von Produktion und Verkauf und eine Besteuerung. Die Gesetzesinitiative setzte sich mit 60 % Ja-Stimmen durch. Die Befürworter waren unter anderem demokratische Abgeordnete, die Demokratische Partei, Marihuana Firmen (*Cura Leaf*, *Harvest Enterprises*) und die Bürgerrechtsorganisation *ACLU*. Insbesondere Marihuana-Firmen brachten 6 Mio. USD für den Abstimmungskampf ein. Die Gegner waren u.a. republikanische Abgeordnete, verschiedene Gesundheitsorganisationen, die Industrie- und Handelskammer, Polizeiorganisationen, die katholische Bischofskonferenz und die Mormonen-Kirche. Die Gegner konnten 1 Mio. USD aufbringen, u.a. von Privatpersonen, der Industrie- und Handelskammer und der konservativen Lobby-Organisation *Center for Arizona Policy Action*.

Auch in *Montana* ging es um die Legalisierung von Marihuana zu Genusszwecken. Dafür kam es zu zwei Abstimmungen. Zum einen wollte die Gesetzesinitiative *I-190* Besitz und Kauf ab 21 Jahren erlauben und eine Besteuerung in Höhe von 20 % einführen. Da die Verfassung lediglich für Alkoholkonsum ein Abweichen vom Volljährigkeitsalter von 18 Jahren erlaubte,⁴² wollte die Verfassungsinitiative *CI-118* gleichzeitig ein Abweichen bei Marihuanakonsum zulassen.⁴³ Beide Vorlagen wurden mit 56,9 bzw. 57,8 % Ja-Stimmen angenommen. Kampagnenkomitee der Befürworter war *New Approach Montana*, Gegnerkomitee war *Wrong for Montana*. Die Befürworter brachten 7,4 Mio. USD auf, die Gegner nur das 1/24, nämlich 0,3 Mio. Die Sammlung der Unterschriften mithilfe kommerzieller Agenturen erforderte 24,2 USD pro Unterschrift. Großspender der Befürworter war insbesondere wieder *North Fund*. Für die Legalisierung spreche u.a., dass sich die Polizei auf wirkliche Verbrechen konzentrieren könne, Marihuana weniger schädlich sei als Alkohol und Einnahmen für wichtige Projekte generiert würden. Gegenargumente waren u.a., dass die Unfallzahlen stiegen und es schwieriger sei, zuverlässige Arbeitnehmer zu gewinnen und Gesundheits- und Suchtgefahren bestünden.

42 Montana Const. Art. II Sec. 14.

43 Montana Const. Art. II Sec. 14 n.F., *Secretary of State*, Montana 2020 Voter Information Pamphlet, S. 14, <https://sosmt.gov/wp-content/uploads/SOS-Web-Version-VIP-10.125x8-1.pdf>.

In *South Dakota* wollte die Verfassungsinitiative *Amendment A* den Gebrauch von Marihuana zu Genusszwecken und zum medizinischen Gebrauch legalisieren und den Verkauf von Hanf regulieren. Die Bürger stimmten mit 54,2 % zu. Befürworter war u.a. *das Marijuana Policy Project*, Gegner u.a. Handelskammern und Gesundheitsorganisationen. Die Befürworter hatten 2,4 Mio. USD in der Kasse, die Gegner nur 0,3 Mio. Der Supreme Court von *South Dakota* hat *Amendment A* 2021 wegen Verstoßes gegen die für Verfassungsänderungen geltende *Single-Subject Rule* (Einheit der Materie) für verfassungswidrig erklärt. Die Vorlage enthalte drei verschiedene Gegenstände, die getrennt hätten abgestimmt werden müssen: Marihuanagebrauch zu Genusszwecken, medizinischer Gebrauch und die Regulierung von Hanf.⁴⁴ Gleichzeitig stimmten die Bürger über *Initiated Measure 26* ab. Diese Gesetzesinitiative legalisiert und reguliert den Gebrauch von Marihuana zu medizinischen Zwecken. 69,9 % votierten mit „Ja“. Befürworter war u.a. der frühere demokratische US-Senator *Tom Daschle* und auch hier *das Marijuana Policy Project*.

In *Mississippi* kam es zu zwei Vorlagen im Rahmen der dort allein bestehenden, indirekt ausgestalteten Verfassungsinitiative: zum einen *Initiative 65*, zum anderen *Alternative 65A*, eine Alternativvorlage des Parlaments. Es ging um die Legalisierung des medizinischen Gebrauchs von Marihuana. In einer ersten Abstimmung entschieden sich 68,5 % dafür, dass eine der beiden Vorlagen angenommen werden sollte. In einer zweiten Abstimmung entschieden sich 73,7 % für die Vorlage aus dem Volk. Diese sieht eine Legalisierung für mehr als 20 Krankheiten vor. Die Parlamentsalternative wollte den Gebrauch lediglich für sterbenskranke Menschen zulassen. *Mississippians for Compassionate Care* propagierte *Initiative 65*. Sie hatten mit 7,6 Mio. USD ein mehr als 25-faches Finanzübergewicht gegenüber den Gegnern, die lediglich 0,3 Mio. einwarben. Hauptspender der Gegner waren Maklerorganisationen, Hauptspender der Befürworter u.a. *Joel Bomgar*, ein Unternehmer und republikanischer Abgeordneter im Abgeordnetenhaus von *Mississippi*.⁴⁵ Hauptargument war, dass bereits in 34 US-Gliedstaaten medizinischer Gebrauch zulässig sei. Die Gegner waren insbesondere Gesundheitsorganisationen. Für den weitreichenden Einsatz gebe es noch keine hinreichende medizinische Überprüfung.

44 *Thom, Miller v. Barnett*, 2021 S.D. 65, #29546, #29547-a-SRJ, S. 27 ff., <https://ujs.sd.gov/uploads/sc/opinions/2954698e671a.pdf>.

45 *Vote Smart*, Joel Bomgar, <https://justfacts.votesmart.org/candidate/political-courage-test/156357/joel-bomgar>.

2. Legalisierung sonstiger Drogen

In *Oregon* wurde mit *Measure 109* erstmals in einem Gliedstaat der Gebrauch von psylocybinhaltigen, halluzinogenen Pilzen und Psylocybin-Produkten legalisiert. Die Gesetzesinitiative erreichte 55,8 % Ja-Stimmen. Der Kauf, Verkauf, Besitz und Verbrauch wurde eingehend reguliert. Die *Oregon Psilocybin Society (OPS)*, 2016 gegründet von *Tomi* und *Sheri Eckert*, stand hinter der Kampagne. Unterstützer waren u.a. demokratische Politiker, die Demokratische Partei, die *Independent Party*, Gewerkschaften und die *ACLU*. Gegner waren u.a. die Republikanische Partei und Gesundheitsorganisationen. Die Befürworter konnten 5,3 Mio. USD akquirieren. Sie führten an, dass zunehmend Evidenz bestehe, dass Psylocybin eine sichere und besonders effektive Therapie biete bei Selbstmord, Depression, Angstzuständen, Posttraumatischen Belastungsstörungen und Sucht. Die Gegner machten keinerlei finanzielle Aufwendungen. Sie argumentierten insbesondere, dass es keine hinreichende medizinische Evidenz für einen sicheren Gebrauch gebe.

Eine weitere Gesetzesinitiative stufte den persönlichen, nicht kommerziellen Besitz von Drogen allgemein in der Strafbarkeit zurück, so dass maximal ein Bußgeld von 100 USD anfällt, falls keine Hilfen im Hinblick auf die Drogensucht in Anspruch genommen werden. Gleichzeitig etablierte sie ein Hilfsprogramm, wonach eine lokale, flächendeckende Soforthilfe für Drogenabhängige einzurichten ist.⁴⁶ Ein Teil der Marihuana-Steuer und Einsparungen im Strafvollzug aufgrund des Rückgangs von Inhaftierungen infolge der Entkriminalisierung finanzieren das Programm. *Measure 110* fand eine Zustimmung von 58,5 %. Damit ist *Oregon* der erste Gliedstaat der USA, der den Drogenkonsum insgesamt weitgehend entkriminalisiert und stattdessen auf Hilfe setzt. Befürworter waren u.a. die Demokratische Partei, der Musiker *John Legend*, Sozialarbeiter-, Ärzte-, Krankenschwester- und Rechtsanwaltsvereinigungen, *Human Rights Watch* und *NAACP*. Sie konnten insgesamt 6 Mio. USD aufwenden, u.a. gespendet von *Drug Policy Action* und der *Chan Zuckerberg Initiative Advocacy*. Für sie ist Drogensucht ein Gesundheits- und kein Kriminalitätsproblem.⁴⁷ Gegner waren

46 Näher *Secretary of State*, Oregon Voter's Pamphlet, General Election, November 3, 2020, Explanatory Statement, S. 149, Drug Addiction Treatment and Recovery Act of 2020, Sec. 2 (2), S. 142, https://multco-web7-psh-files-usw2.s3-us-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/book13_web.pdf.

47 Zur Fülle der Argumente s. *Secretary of State*, Voter's Pamphlet (Fn. 46), S. 151–169.

insbesondere die Republikanische Partei, republikanische und auch demokratische Politiker, Polizeiorganisationen und katholische Vereinigungen. Die Gegner brachten nur 0,2 Mio. USD auf. Für sie ist der Anreiz für die Inanspruchnahme von Hilfe nicht wirksam und sind die angebotenen Hilfen nicht ausreichend.⁴⁸ Nach einem Jahr Praxis werden die Resultate von *Measure 110* unterschiedlich beurteilt.⁴⁹

V. Abtreibung

In *Colorado* wollte die Gesetzesinitiative *Proposition 115* Abtreibungen nach der 22. Schwangerschaftswoche verbieten. Die Mutter war von der Strafe ausgenommen. Personen, welche die Abtreibung durchführen, wurde eine Geldstrafe angedroht. Ärzte sollten zusätzlich die Approbation für mindestens drei Jahre verlieren. Die Abtreibung sollte straflos bleiben, wenn anderenfalls das Leben der Mutter gefährdet ist. Psychologische und emotionale Gründe sollten keine rechtfertigende Wirkung haben.⁵⁰

Nach der bisherigen Rechtsprechung des US-Supreme Courts im Fall *Roe v. Wade* von 1973 garantierte die US-Verfassung Frauen das Recht, bis zur Lebensfähigkeit des Kindes außerhalb des Mutterleibes abtreiben zu dürfen.⁵¹ Ist die extrakorporale Lebensfähigkeit jedoch gegeben, dürfen die Gliedstaaten Abtreibungen verbieten, sofern Ausnahmen im Falle von Gefahren für Gesundheit oder Leben der Mutter vorgesehen sind.⁵² Aufgrund dieser Rechtsprechung gibt es in sechs Gliedstaaten und *Washington, DC*, darunter *Colorado*, keinerlei zeitliche Grenze der Abtreibung. In den anderen 44 Staaten ist die Abtreibung ab unterschiedlicher Zeitpunkte der Schwangerschaft in bestimmten Maßen verboten.⁵³

48 Zur Fülle der Argumente s. *Secretary of State*, Voter's Pamphlet, Argument(s) in Opposition (Fn. 46), S. 170–177.

49 Vgl. näher A. Selsky, Mixed results for Oregon's pioneering drug decriminalization, In Los Angeles Times, 3.4.2022, https://multco-web7-psh-files-usw2.s3-us-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/book13_web.pdf.

50 *Legislative Council of the Colorado General Assembly*, 2020 State Ballot Information Booklet, Statewide Election Day, Tuesday, Nov. 3, 2020, S. 42, http://leg.colorado.gov/sites/default/files/blue_book_english_for_web_2020_1.pdf.

51 *Roe v. Wade*, 410 U.S. 113, 114, 147 ff. (1973).

52 *Roe v. Wade*, 410 U.S. 113, 114, 163 f. (1973).

53 *Guttmacher Institute*, An Overview of Abortion Laws, 1.6.2022, <https://www.guttmacher.org/print/state-policy/explore/overview-abortion-laws>. 2021 verab-

Die Vorlage verlor und erzielte lediglich 41 % Ja-Stimmen. Hinter der Vorlage standen die Komitees *Coalition for Women and Children*, *Alliance for Life*, *End Birthday Abortions Colorado* und *Coalition to Help Moms and Save Babies*, Befürworter waren insbesondere die Republikanische Partei und die *Catholic Medical Association*. Die Initiatoren waren in der Lage, die für die Qualifikation der Initiative notwendigen Unterschriften ohne das Einschalten kommerzieller Sammelagenturen zu gewinnen, augenscheinlich also durch ehrenamtliche Helfer. Für die Abstimmungskampagne standen 0,786 Mio. USD zur Verfügung. Größter Spender war die katholische Erzdiözese von Denver. Die Gegner sammelten sich hinter den Komitees *Abortion Access for All* und *Students Vote No on 115*. Sie hatten ca. 9,8 Mio. USD zur Verfügung. Größter Spender war *Planned Parenthood*.

Mit der Entscheidung *Dobbs v. Jackson Women's Health Organization*⁵⁴ vom 24.6.2022 hat der US-Supreme Court seine Rechtsprechung in *Roe v. Wade* fundamental geändert. Nunmehr geht der US-Supreme Court davon aus, dass Abtreibung eine moralische Frage ist,⁵⁵ die US-Verfassung kein Recht auf Abtreibung gewährt⁵⁶ und es deshalb Sache des Volkes und der Abgeordneten der Gliedstaaten ist, Abtreibung zu regulieren.⁵⁷ Dadurch sind in vielen mehrheitlich konservativen Gliedstaaten restriktive Abtreibungsgesetze in Kraft getreten bzw. zu erwarten.⁵⁸ Gleichzeitig ist es jedoch auch weiterhin zulässig, keinerlei Regelungen zu erlassen. Die Entscheidung gegen *Proposition 115* hat somit auch nach der neuen Rechtsprechung Bestand.

C. Fazit

Volksgesetzgebung ist auf Kommunikation angewiesen. Deshalb hat die Corona-Pandemie 2020 und 2021 negative Folgen für direktdemokratische

schiedete auch New Hampshire ein Abtreibungsverbot ab der 24. Woche, vgl. *A. Timmins*, *New Hampshire Bulletin* v. 7.10.2021, <https://newhampshirebulletin.com/briefs/new-hampshire-contributes-to-a-record-year-for-abortion-restrictions/>.

54 597 U.S. ____ (2022).

55 597 U.S. ____ (2022), Opinion, S. 1, 78 f.

56 597 U.S. ____ (2022), Syllabus, S. 1/Opinion, S. 1, 8 ff., 79.

57 597 U.S. ____ (2022), Syllabus, S. 1/Opinion, S. 79.

58 *E. Nash, P. Ephross*, *State Policy Trends at Midyear 2022: With Roe About to Be Overturned, Some States Double Down on Abortion Restrictions*, Guttmacher Institute, <https://www.guttmacher.org/article/2022/06/state-policy-trends-midyear-2022-roe-about-be-overturned-some-states-double-down>.

Aktivitäten gehabt. Insbesondere das Sammeln von Unterstützerunterschriften wurde erheblich beeinträchtigt, so dass die Anzahl der für die Abstimmung qualifizierten Vorlagen relativ niedrig war.

Die Bedeutung der Finanzkraft hat sich auch im Berichtszeitraum 2019–2021 gezeigt. Dies gilt zum einen für das Sammeln der Unterschriften mithilfe kommerzieller Agenturen. Hier schwankte der Aufwand pro Unterschrift ganz erheblich. Während z.B. in *Missouri* für *Amendment 2* nur 1,3 USD nötig waren und in *Colorado* die Initiative *Proposition 115* ganz ohne finanzielle Mittel für die Abstimmung qualifiziert werden konnte, kostete eine Unterschrift in Montana für *CI-118* 24,2 USD. Zum anderen sind die Aufwendungen für die Abstimmungskämpfe z.T. enorm. Die Ausgaben von *Uber* und anderer Rideshare- und Deliverygesellschaften in *Kalifornien* im Rahmen von *Proposition 22* zur Durchsetzung arbeitsrechtlicher Deregulierungen in Höhe von 205,4 Mio. USD sind ein Allzeithoch. Sehr häufig besitzt eine Seite eine erdrückende Finanzüberlegenheit. Hier zeigt sich schlaglichtartig die Notwendigkeit, Spenden und Ausgaben im Rahmen von Volksgesetzgebungskampagnen zu regulieren.

In *Alaska* leistet die Einführung der offenen Vorwahlen mit integrierten Stichwahlen in Form des Präferenzwahlsystems einen Beitrag dazu, die extreme politische Polarisierung in den USA zu überwinden. Volksgesetzgebung zeigt hier seine Innovationskraft. Ebenso ermöglicht sie den Wählern, in bestimmten Sachfragen vom Programm der in Wahlen favorisierten Parteien abzuweichen, wie dies z.B. in den mehrheitlich konservativen Staaten *Missouri* und *Oklahoma* in Bezug auf die Ausweitung von *Obamacare* und in Montana in Bezug auf die Legalisierung von Marihuana der Fall ist. Aufgrund der neuen Rechtsprechung des US-Supreme Courts werden viele konservativ regierten Gliedstaaten restriktive Abtreibungsgesetze einführen. Es wird interessant sein zu sehen, ob sich mithilfe von Volksgesetzgebung davon abweichende Volksmehrheiten bilden werden.

Insgesamt hat Volksgesetzgebung seine fundamentale Funktion, aktives oder passives Parlamentshandeln zu korrigieren, eindrucksvoll bestätigt. Denn 70,5 % aller Initiativen waren im Volksentscheid erfolgreich.

Anhang

Tabelle 5: Gesetzesinitiativen, Verfassungsinitiativen und fakultative Referenden in den US-Gliedstaaten 2019 bis 2021⁵⁹

Staat	Jahr	Art	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Er-folg ⁶⁰
Alaska	2020	GI	Measure 1	Erhöhung Ölsteuer	42	-
Alaska	2020	GI	Measure 2	Offene Top-Four Vorwahlen, Präferenzwahlssystem	51	+
Arizona	2020	GI	Proposition 207	Legalisierung und Besteuerung von Marihuana	60	+
Arizona	2020	GI	Proposition 208	Erhöhung Einkommenssteuer	52	+
Colorado	2020	VI	Amendment 76	Nur US-Bürger wahlberechtigt	63	+
Colorado	2020	VI/ GI	Amendment 77	Liberalisierung Glückspiel	61	+
Colorado	2020	GI	Proposition 114	Ansiedlung von Wölfen	51	+
Colorado	2020	GI	Proposition 115	Abtreibungsverbot nach 22. Woche	41	-
Colorado	2020	GI	Proposition 116	Senkung Gliedstaaten-Einkommenssteuer von 4,63 auf 4,55 %	58	+
Colorado	2020	GI	Proposition 117	Volkszustimmung für neue staatliche Unternehmen	53	+

⁵⁹ Quellen: S. Fn. 19.

⁶⁰ Im Fall eines fakultativen Referendums wird eine Mehrheit gegen das angegriffene Parlamentsgesetz als Erfolg im Sinne der Initiatoren des Referendums gezählt.

Staat	Jahr	Art	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Er- folg ⁶⁰
Colorado	2020	GI	Proposition 118	Lohnersatzleistungen bei Geburt, Pflege, Krankheit	58	+
Colorado	2020	R	Proposition 113	Gegen Staatsvertrag bzgl. US-Präsident- schaftswahl, wonach Wahlmänner entspre- chend US-Volks- mehrheit	48	-
Colorado	2021	VI	Amendment 78	Bewilligung best. Ausgaben nicht allein durch State Treasurer	43	-
Colorado	2021	GI	Proposition 119	Erhöhung Marihua- nasteuer von 15 auf 20 %	46	-
Colorado	2021	GI	Proposition 120	Senkung der Grund- steuer von 7,15 auf 6,5 %	43	-
Florida	2020	VI	Amendment 1	Nur US-Bürger wahl- berechtigt	79	+
Florida	2020	VI	Amendment 2	Erhöhung Mindest- lohn auf 15 USD bis 2026	61	+
Florida	2020	VI	Amendment 3	Offene Top-Two Vor- wahlen	43	-
Florida	2020	VI	Amendment 4	Für Verfassungsände- rungen zweite Volks- zustimmung notwen- dig	48	-
Kalifornien	2020	GI	Proposition 14	Staatsanleihe für staatliche Stammzell- forschung	51	+

Staat	Jahr	Art	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Er- folg ⁶⁰
Kalifornien	2020	GI	Proposition 20	Verschärfung Strafrecht	38	-
Kalifornien	2020	GI	Proposition 21	Erlaubnis für kommunale Mietkontrolle	40	-
Kalifornien	2020	GI	Proposition 22	Deregulierung appbasierter Fahrdienste	59	+
Kalifornien	2020	GI	Proposition 23	Dialyseregulierung	37	-
Kalifornien	2020	GI	Proposition 24	Erweiterung Verbraucherschutzgesetz	56	+
Kalifornien	2020	VI	Proposition 15	Besteuerung von Vermögen nach Marktwert, Finanzierung Schulen	48	-
Maine	2021	GI	Question 1	Begrenzung von Hochspannungsleitungen	59	+
Maine	2020	R	Question 1	Gegen Aufhebung des Verbots von Ausnahmen bei Impflicht	27	-
Massachusetts	2020	GI	Question 1	Zugang zu technischen Daten von Autos	75	+
Massachusetts	2020	GI	Question 2	Präferenzwahlssystem	45	-
Mississippi	2020	VI	Measure 1, Initiative 65/Alternative A65	Zulassung des medizinischen Gebrauchs von Marihuana	69/74	+
Missouri	2020	VI	Amendment 2	Ausweitung von Medicaid	53	+

Staat	Jahr	Art	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Er- folg ⁶⁰
Montana	2020	GI	I-190	Legalisierung und Besteuerung von Marihuana	57	+
Montana	2020	VI	CI-118	Ermächtigung von Parlament/Volk, Mindestalter, Gebrauch, Besitz von Marihuana zu regeln	58	+
Nebraska	2020	GI	Initiative 428	Begrenzung von Zinsen für Kurzzeitkredite	83	+
Nebraska	2020	VI	Initiative 429	Liberalisierung Glücksspiel	65	+
Nebraska	2020	GI	Initiative 430	Liberalisierung Glücksspiel	65	+
Nebraska	2020	GI	Initiative 431	Steuer auf Glücksspiel	69	+
Nevada	2020 /2018 ⁶¹	VI	Question 6	Verpflichtung für Energieerzeuger zu 50 % erneuerbarer Energien bis 2030	58	+
Oklahoma	2020	VI	State Question 802	Ausweitung von Medicaid	51	+
Oklahoma	2020	VI	State Question 805	Veränderungen bei Strafzumessung	39	-
Oregon	2020	GI	Measure 102	Regulierte Abgabe von Psylocybin-Produkten	56	+

61 Die erste Abstimmung fand 2018 statt. In Nevada benötigen Verfassungsänderungen zwei Zustimmungen im Volksentscheid.

Direkte Demokratie in den US-Gliedstaaten 2019 bis 2021

Staat	Jahr	Art	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Er- folg⁶⁰
Oregon	2020	VI	Measure 110	Entkriminalisierung von Drogenbesitz	59	+
South Dakota	2020	GI	Initiated Measure 26	Zulassung des medi- zinischen Gebrauchs von Marihuana	70	+
South Dakota	2020	VI	Constitu- tional Amendment A	Legalisierung von Marihuana	54	+
Washing- ton	2019	GI	I-976	Begrenzung/Aufhe- bung bestimmter Au- toabgaben	53	+
Washing- ton	2019	R	Referendum 88	Gegen Erlaubnis von Affirmative Action (positive Diskriminie- rung von Minderhei- ten)	51	+
Washing- ton	2020	R	Referendum 90	Gegen Sexualerzie- hung an öffentlichen Schulen	42	-

GI: Gesetzesinitiative, VI: Verfassungsinitiative, R: fakultatives Referendum